

Pressemitteilung

19.06.2020

Kreistag fordert Rettungsschirm auch für Tourismus und Gastronomie

Aufgrund eines Änderungsantrages der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler zum Tourismus und zur Gastronomie sprach sich der Kreistag Vorpommern-Rügen für einen Rettungsschirm zur Abfederung der Einnahmeverluste in der Corona-Krise für Kommunen, den öffentlichen Nahrverkehr, den Tourismus sowie die Gastronomie und für die Veranstaltungsbranche aus. Der Landrat wurde beauftragt, sich dafür bei der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen.

„Die Tourismusbranche und die Gastronomie sind in Vorpommern-Rügen von enorm wirtschaftlicher Bedeutung. Möchte man mit dem jetzt aufgelegten Konjunkturpaket gegen die Wirtschaftsausfälle des Shutdown in der Corona-Krise eine nachhaltige und perspektivische Entwicklung erreichen, müssen diese beiden Wirtschaftsbereiche zwingend gesondert betrachtet werden. In der jetzigen Form sind die Corona-Hilfen für den Tourismus und die Gastronomie nicht ausreichend“, verdeutlicht Fraktionsvorsitzender Mathias Löttge. Gerade der Tourismus und die Gastronomie sind diejenigen Wirtschaftsbereiche, die am stärksten vom Shutdown betroffen sind. Besonders bei der Gastronomie gibt es aufgrund der Abstandsregelungen nach wie vor gewaltige finanzielle Ausfälle.

Der Tourismus und die Gastronomie gehören zu den wirtschaftlichen Bereichen, von denen die Kommunen fiskalisch mit profitieren. Die Bundesregierung hat in ihrem Konjunkturpaket gegen die Corona-Krise den Bereich des Tourismus sowie der Gastronomie unberücksichtigt gelassen. Damit können Unternehmen in diesen Wirtschaftsbereichen lediglich ein Überbrückungsgeld beantragen, welches aber nur für die Monate Juni bis August 2020 gewährt wird. Antragsberechtigt sind Unternehmen, deren Umsätze coronabedingt im April und Mai 2020 um mindestens 60 % gegenüber den beiden Monaten des Vorjahres und deren Umsatzrückgänge im Juni bis August 2020 um mindestens 50 % fort dauern. Diese Umsatzrückgänge sind jeweils nachzuweisen. Bei diesen Beträgen kann davon ausgegangen werden, dass, sollte sie vorliegen, eine Insolvenz bereits unausweichlich erscheint.

„Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Tourismus und der Gastronomie ist unverschuldet massiv eingebrochen. Daher ist das Land Mecklenburg-Vorpommern gefordert, einen eigenen Rettungsfond für den Tourismus und die Gastronomie aufzulegen. Insofern freuen wir uns über den Beschluss des Kreistages“, so Mathias Löttge weiter. Denn: Geht es der Wirtschaft in Vorpommern-Rügen gut, spiegelt sich das auch in den Finanzen der Kommunen wider.